



Ob der Weg in die Unabhängigkeit auch der Weg aus der Armut ist, darf bezweifelt werden: Knapp 40 Prozent der Menschen im Kosovo leben von weniger als 1,37 Euro pro Tag. (Foto: Andrew Curran/ Flickr)

Mit viel Pomp argumentiert der rechtskonservative Premierminister Vojislav Kostunica dabei mit der „spirituellen Bedeutung“ des Kosovos und seiner mittelalterlichen Klöster als dem „Herz Serbiens“. Angesichts der demographischen und politischen Verhältnisse in der von 90 Prozent Albanern bewohnten Provinz scheint diese Rhetorik freilich anachronistisch. Die unbequeme Wahrheit ist, dass Belgrad unter den gegebenen Umständen nichts weniger als ein Militärregime aufrichten müsste, um die Provinz zu kontrollieren. Ein beide Seiten erschöpfender Guerillakrieg wäre die Folge.

Dennoch hat die serbische Seite ein gutes Argument aufzubieten. Denn eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung würde nicht nur klar gegen das Völkerrecht verstoßen, sondern auch die Prinzipien der Badinter-Kommission vom Dezember 1991 über den Haufen werfen. Diese Gruppe von Völkerrechtlern legte im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft am Beginn des Zerfalls Jugoslawiens ein Prinzip fest, an das sich der Westen trotz viel Blutvergießen bisher gehalten hat. Nur ehemalige Republiken Jugoslawiens sollten ein „Recht auf Selbstbestimmung“ erhalten, nicht aber autonome Provinzen wie das Kosovo oder im Krieg selbst proklamierte Sezessionsgebiete wie die „serbischen Republiken“ in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina.

Sollte das Badinter-Prinzip nun aufgegeben werden, hätten serbische Nationalisten gute Argumente, die Revision der Grenzen in Bosnien-Herze-

gowina zu fordern. Denn warum soll auf einmal für die Kosovo-Albaner gelten, was den bosnischen Serben seit 15 Jahren verweigert wird, fragen viele Kommentatoren in Belgrad. Die aktuelle Krise könnte so nicht zum Epilog der Kriege in Jugoslawien, sondern zum Auftakt neuer Sezessionskonflikte werden. Und das nicht nur in Bosnien-Herzegowina - auch in Mazedonien und Süd-Serbien, wo bewaffnete albanische Extremisten bereits jetzt den Zusammenschluss mit Kosovo und perspektivisch ein „Großalbanien“ fordern.

Es droht nichts weniger als eine weitere ethno-nationale Zerfransung bestehender territorialer Einheiten. Und das nicht nur auf dem Balkan, sondern auch im Kaukasus und an anderen Orten, wo die Entwicklungen im Kosovo aufmerksam verfolgt werden. Neben dem Wunsch Moskaus, auf der weltpolitischen Bühne Muskeln zu zeigen, ist diese begründete Furcht vor „spill over“-Effekten der eigentliche Hintergrund für Vladimir Putins harte Haltung im UN-Sicherheitsrat. Hinter vor gehaltener Hand wird diese Befürchtung auch von vielen Beobachtern und Politikern im Westen geteilt. Mit Zypern, der Slowakei, Rumänien, Griechenland und Spanien sind es vor allem EU-Länder mit Minderheitenkonflikten, welche die Kosovo-Unabhängigkeit mehr oder weniger offen ablehnen.

Gefährlich ist die Lage im Kosovo nicht zuletzt aufgrund einer destruktiven Gesellschaftsentwicklung. UNMIK ist es trotz Milliarden Euro schwerer Aufbauprogramme nicht gelungen,

auch nur Ansätze einer positiven sozialen Entwicklung zu schaffen. Das seit 1999 implementierte marktwirtschaftliche Wirtschaftsmodell kann im unterentwickelten Kosovo kein Wachstum erzeugen. Die zur Privatisierung ausgeschriebenen Betriebe werden oft unter Wert verkauft und dienen nur zur Ausschlichtung. Offizielle Hauptexportprodukte sind Pilze, Altmetall und Holz. In der offiziellen Handelsbilanz stehen Importen in Höhe von 968,5 Mio. Euro Exporte in Höhe von nur 36,3 Mio. Euro gegenüber.

Extreme Armut prägt den Alltag. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei über 40 Prozent. Unter Jugendlichen sogar bei über 75 Prozent. Knapp 40 Prozent der Menschen leben nach Zahlen der Weltbank von weniger als 1,37 Euro pro Tag. Die perspektivlose Bevölkerung hat mit nur 25 Jahren das jüngste Durchschnittsalter in Europa. „Alles kaputt hier“, meint Fatmir Gashi. Der Student aus Pristina hat im Sommer sein Examen abgelegt und versucht nun auszuwandern. Bisher hat er aber kein Visum erhalten. Seit 1999 gibt es für Kosovo-Bewohner praktisch keine legalen Auswanderungsmöglichkeiten mehr außer der Heirat von ausländischen Staatsangehörigen.

Der einzige Wirtschaftsfaktor mit deutlichen Zuwachsraten ist die organisierte Kriminalität. Nach Angaben des Europarates fungiert Kosovo als „key point“ für den Schmuggel von Drogen, Waffen sowie das „Trafficking“ von Frauen in die EU-Mitgliedsländer. Die Mafiotisierung scheint ein

systemischer Bestandteil der Herrschaftssicherung im UNMIK-Protektorat zu sein. Wie die Autoren einer vertraulichen Studie im Auftrag des deutschen Bundesverteidigungsministeriums schreiben, wird die Kontrolle durch eine „politisch-mafiöse Führungskaste“ garantiert, die ein „umfassendes Omerta-Regime“ aufgerichtet hat. Der deutsche Bundesnachrichtendienst BND nennt mit Ramush Haradinaj, Agim Ceku und Hashim Thaci die zwei abgelösten und den amtierenden Premierminister als „Multifunktionspersonen“ im Feld zwischen Politik und Mafia. Alle drei waren im Krieg 1999 führende Kommandeure der UCK.

Boris Kanzleiter arbeitet als freier Journalist und lebt in Belgrad.

La semaine prochaine

Université

Pour sa dernière édition en 2007, le woxx se penche encore une fois sur le monde universitaire et celles et ceux qui le composent.